



Delme Report
27. Januar 2019

4

Delme Report

DELME

Schule am Scheideweg

Entwicklungsplanung stockt – dabei drängt die Zeit

ROBERT LÜRSSEN

Nach einem informellen Gespräch des Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung zeichnet sich noch keine einheitliche Linie der Politik für die künftige Schullandschaft im Sekundarbereich I in Delmenhorst ab. Während einige Fraktionen zumindest bereit sind, spätestens im März eine Entscheidung zu treffen, fordert die SPD noch zusätzliche Daten. Für den 7. Februar steht das Thema auf der Tagesordnung einer Sitzung des Bildungsausschusses.

Kernfrage bleibt, ob es neben Oberschulen, Gymnasien und der IGS weiterhin auch Haupt- und Realschulen in Delmenhorst geben soll. Daraus ergibt sich dann die Frage, wie die Schulen auf die vorhandenen Gebäude verteilt werden. Insbesondere an den Gymnasien gibt es einen erhöhten Raumbedarf.

„Wir werden einen Antrag einbringen, der den Wunsch nach einer Standortanalyse mit Wohn- und Zuzugsgebiete-

ten enthält“, kündigt Antje Beilemann (SPD) an. Auch Themen wie Hortbetreuung und Ganztagsbetrieb seien in den bisherigen Ausarbeitungen der Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb könne man bislang keiner Variante zustimmen. „Uns ist wichtig, dass jedes Kind die Chance auf bestmögliche Bildung erhält. Es darf keine Durchlässigkeit nur nach unten geben“, betont sie.

Zur Erinnerung: Die Stadtverwaltung hatte im Herbst eine Vorlage für die Schulentwicklungsplanung mit insgesamt sechs Varianten vorgelegt. Sie hatte dabei eine Präferenz für die Variante 3 bekundet. Diese sieht im Kern eine Verschmelzung der Real- und Hauptschule zu einer dritten Oberschule am Standort Holbeinstraße/Stubbenweg vor. Die Räume an der Lilienstraße könnten dann für die Außenstelle des Wilmsgymnasiums genutzt werden.

Die CDU-Fraktion macht sich demgegenüber für eine abgewandelte Variante 1 stark.

Diese sieht den Erhalt aller Schulformen vor. Durch Konzentration der Oberschule Süd am Brendelweg wäre an der Königsberger Straße Platz für die Außenstelle des Willmsgymnasiums. Die beiden Realschulstandorte an der Lilienstraße und der Holbeinstraße sollen wieder zu eigenständigen Schulen werden.

„Die Oberschulen werden nicht so angenommen. Wenn wir die Realschulen auflösen, nimmt der Druck auf die Gymnasien weiter zu“, befürchtet Frauke Wöhler, bildungspolitische Sprecherin der CDU. Die Forderung der SPD nach zusätzlichen Daten kann sie nicht nachvollziehen. „Ich habe die Vorlage so verstanden, dass wir uns erstmal auf ein oder zwei Varianten verständigen sollen, die dann gerechnet werden. Im März können wir dann entscheiden“, meint sie.

„Es ist vor Ostern zu entscheiden, wie die Raumbedarfe der beiden Gymnasien zu regeln sind“, erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Murat Kal-



Der Erhalt der Realschule ist weiterhin einer der strittigen Punkte der Schulentwicklungsplanung für Delmenhorst. Foto: Konczak

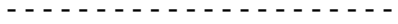
mis. Auf eine bevorzugte Variante legen sich die Liberalen auf Anfrage nicht fest. Allerdings treten auch sie für den Erhalt der Realschulstandorte und der Hauptschule ein, solange es eine tragfähige Schülerschaft gebe. Für die beiden Oberschulen schlägt die FDP die Einrichtung einer gemeinsamen gymnasialen Oberstufe vor. „Ohne eine solche Oberstufe wären diese Schulen

weiterhin ein Planungstorso“, sagt Kalmis.

Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag kommt von den Linken. „Am liebsten wäre uns natürlich, wenn es nur noch IGSen geben würde“, betont Fraktionsvorsitzende Edith Belz. Derzeit lasse ihre Partei prüfen, ob es rechtlich möglich sei, die Größe der Gymnasien zu beschränken. „Für eine zweite IGS müssen

Schüler da sein. Wenn alle aufs Gymnasium geschickt werden, funktioniert das nicht.“

Einig sind sich SPD, CDU und Linke, dass viele Eltern nicht ausreichend über die verschiedenen Konzepte der Delmenhorster Schulen informiert sind. Eine zentrale Veranstaltung, auf der sich alle Schulen parallel präsentieren, könnte Abhilfe schaffen.



Delmenhorster Kurier
31. Januar 2019

Streitthema Schule

Stadt und Politik diskutieren am 7. Februar in einer Sondersitzung über Entwicklung der Bildungslandschaft



VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorster Kurier 31.1.2019 S.1

Delmenhorst. Es gärt in der Delmenhorster Bildungslandschaft. Das Thema, das die Gemüter in Wallungen versetzt, trägt den bürokratisch sachlich-drögen Titel „Künftige Schulentwicklung in Delmenhorst“, doch dahinter verbirgt sich kommunalpolitisches Dynamit. Das wurde deutlich bei der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur im November 2018, als es im gut gefüllten Commedia auf der Nordwolle hoch herging. Und auch wenn der Ausschuss zu seiner nächsten Sondersitzung am Donnerstag, 7. Februar, in der Mensa der Berufsbildenden Schulen II am Wiekhorner Heuweg zusammenkommt, dürfte die Stimmung weiter angeheizt sein.

Hauptaufreger der bisherigen Debatte ist, wie berichtet, der Vorschlag der Stadt. Sie regt an, die Realschule mit ihren Standorten Lilien- und Holbeinstraße sowie die Hauptschule am Stubbenweg auslaufen zu lassen (sodass noch alle Schüler an diesen Schulen regulär ihren Abschluss machen können), und parallel am Standort des ehemaligen Schulzentrums West eine dritte Oberschule, optional mit gymnasialem Zweig, zu gründen. Die Überlegung der Verwaltung ist, somit die Schülerströme wieder besser zu lenken. Während aktuell das Gymnasium an der Willmsstraße, das Max-Planck-Gymnasium und die Realschule überrannt werden, die Integrierte Gesamtschule noch immer sehr gut ange wählt wird, darben die Oberschule Süd und die Wilhelm-von-der-Heyde-Oberschule sowie die Hauptschule etwas. Die Schwierigkeit scheint die mangelnde Bekanntheit sowie die geringe Akzeptanz der Oberschulen zu sein, sodass Eltern oft versuchen, ihr Kind auf einer anderen Schule unterzubringen. Da der Elternwille zudem in Niedersachsen noch frei gegeben wurde, kam es zu einer Unwucht im System.

Doch der Verwaltungsplan stieß öffentlich nur auf wenig Gegenliebe, vor allem Lehrer, Schüler und Eltern der Schulformen, die nach und nach auslaufen sollen, machten ihrem Unmut in der jüngsten Ausschusssitzung Luft – und das beeindruckte natürlich auch Teile der Politik. Die sich übrigens selbst auferlegt hat, dass sie bis zum Beginn der Osterferien eine Entscheidung herbeiführen möchte. Das klingt bislang zumindest ein bisschen überambitioniert. Von daher wird es spannend sein, ob sich die unterschiedlichen Lager in der kommenden Sondersitzung annähern

können. Spannend wird in dem Zusammenhang auch die Debatte über die Inhalte der Sitzung des Arbeitskreises Schulentwicklung vom 20. Januar sein. Auch die werden am 7. Februar diskutiert. In ihrer Vorlage erörtert die Verwaltung auch noch einmal mehrere Denkmodelle, die bereits kursieren.

CDU-Vorschlag Variante 1a

Am weitreichsten war dabei eine Variante der Schulentwicklung, die die CDU im November eingebracht hat, die sogenannte Variante 1a. Diese sieht – wie fast alle Varianten – vor, dass die Oberschule Süd zukünftig nur noch am Standort Brendelweg existiert, was dort aber nur mit einem Anbau geht. Das dann frei werdende Gebäude an der Königsberger Straße soll dann neuer Außenstandort des Gymnasiums an der Willmsstraße werden. Womit ein Gebäude am Pestalozziweg frei wird, das die IGS dann nutzen kann. Zudem fordert die Union, an einer der beiden Oberschulen einen gymnasialen Zweig einzurichten, zudem sollen aus der jetzigen Realschule an zwei Standorten wieder zwei Realschulen werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Wiedereinführung zweier autonomer Realschulen bei der Landeschulbehörde beantragt werden müsste. Um von dort grünes Licht zu bekommen, muss die Stadt nur entsprechend genügend interessierte Schüler vorweisen, um zwei Realschulen mit je vier Klassen pro Jahrgang zu füllen. „Die dafür erforderlichen Prognosen würden voraussichtlich erreicht werden“, schreibt die Verwaltung in ihren Ausführungen. Ein Vorteil dieser Variante in der Bewertung der Stadt: Damit würde auch dem aktuell bestehenden Elternwillen zukünftig genüge getan werden. Auch würde sich das sehr stark androhende Raum- und Platzproblem des Gymnasiums an der Willmsstraße, das durch die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G9) mit einem Schlag im Schuljahr 2020/2021 voraussichtlich 160 Schüler mehr unterbringen muss, gelöst werden. Aktuell ginge das nur, wenn zahlreiche Container auf dem Schulhof aufgestellt würden, wahrscheinlich bräuchte es mit Blick auf Fachraumkapazitäten aber mehr Container, als auf dem Schulhof überhaupt Platz fänden. Schulleiter Stefan Nolting hat einen Bedarf von 16 zusätzlichen Räumen für das Willms ausgerechnet.

Doch so versöhnlich der CDU-Vorschlag vor allem mit Blick auf den Wunsch jetziger Eltern generationen nach der Schulform Realschule ist, so bringt er aus Sicht der Verwal-

tung durchaus auch Nachteile mit sich. „Verschärfung des Spannungsverhältnisses im Anwahlverhalten zwischen Realschule und Oberschule bei voraussichtlichem Anwachsen beider Realschulen auf je vier Züge“, führt die Verwaltung aus. Die Oberschulen – übrigens Kind einer schwarz-gelben Landesregierung – würden mithilfe der CDU also weiter ausbluten. Und dann auch noch dafür sorgen, dass die Raumnot sowohl an der Lilien- als auch an der Holbeinstraße als neues Problem auftauchen würde.

Der Wunsch der Schüler

In durchaus bewundernswerter Weitsicht haben sich Stadtschülerrat sowie das Kinder- und Jugendparlament dafür ausgesprochen, ab der fünften Klasse nur noch Integrierte Gesamtschulen in der Stadt anzubieten, also sowohl Haupt-, Real- und Oberschulen sowie die Gymnasien zu schleifen. Nur das würde für absolute Gerechtigkeit und annähernd gleiche Bildungschancen sorgen. Womit sie das sagen, was viele in dieser Debatte eben nicht wagen: Im Grunde krankt das aktuelle System vor allem an den Gymnasien, vor allem in Verbindung mit dem freien Elternwillen. Die Gymnasien aber sind bildungspolitisch sakrosankt, die Forderung nach Abschaffung von Deutschlands vermeintlichen Eliteschulen wäre politisches Harakiri. Also wird es dazu nicht kommen, zumal das eine Entscheidungskompetenz der Landesregierung wäre.

Entsprechend verweist die Stadt auf die bestehenden Gesetze, zum Beispiel das Niedersächsische Schulgesetz, in dessen Paragraf 106 heißt es: Haupt-, Real- und Oberschulen dürfen zugunsten von Gesamtschulen durchaus aufgelöst werden, Gymnasien aber nur, „wenn der Besuch eines Gymnasiums unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet ist“. Nun ließe sich vortrefflich darüber schreiben, wie zumutbar der Schulweg zum nächstgelegenen Gymnasium in Ganderkesee ist. Gravierender dürfte sein, dass der Landkreis Oldenburg als Schulträger seine Einwilligung geben müsste, dass Delmenhorster Schüler dort zukünftig mit unterrichtet werden dürfen. Was die Ganderkeseer vor so ein massives Raumproblem stellen würde, dass eigentlich nur mit einem „Nein“ aus Wildeshausen zu so einer Lösung zu rechnen sein dürfte. Es sei „höchst unwahrscheinlich, dass der Landkreis eine derartige Vereinbarung eingehen würde“. Dann würde auch die Landesschulbehörde, die ebenfalls zustimmen müsste, nicht

„Neben diesen rechtlichen Aspekten würden zudem der Kostenaspekt im Bereich der hohen Gastschulgelder und Fahrtkosten gegen eine derartige Lösung sprechen.“

Eine zweite IGS

Auch dieses Thema ploppte jüngst wieder auf, noch immer ist eine zweite IGS in der Stadt vor allem das Ideal sozialdemokratischer Bildungspolitik. Doch wie schon nach 2014, als die zweite IGS ein wichtiges Thema im Kommunalwahlkampf war, sieht die Verwaltung aktuell auf Basis ihres Zahlenmaterials keine Chance, dass eine zweite IGS seitens der Landesschulbehörde genehmigt würde. Dazu fehlt es schlicht an Schülern. Denn die zweite Integrierte Gesamtschule müsste absehbar 96 Schüler in vier Klassen aufnehmen. Doch mehr als 50 Schüler scheinen nach bisherigem Willen der Eltern selbst bei massiv steigenden Schülerzahlen nicht realistisch. Mal abgesehen davon, dass es dann noch schwerer als jetzt schon für die IGSen sein dürfte, den erforderlichen Anteil an Schülern mit gymnasialer Qualifikation zu akquirieren.

Doch selbst die Erweiterung der jetzigen IGS um eine oder zwei Klassen pro Jahrgang sieht die Verwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Schulwahlen als nicht realistisch an. Zumal das didaktische Konzept der IGS nun einmal auf vier Klassen pro Jahrgang ausgelegt ist und das nicht einfach nach Belieben verändert werden könne. Zudem wünscht sich die Schulleitung der IGS wenn überhaupt eine gerade Anzahl an Klassen, würde wenn eine Sechszügigkeit bevorzugen. Doch selbst dazu scheint die Bereitschaft von Schülern und Eltern nach aktuellem Stand, sich an der IGS anzumelden, bei Weitem nicht auszureichen.

Kleinere Gymnasien

Eine weitere Idee, die aktuell herumgeistert, ist die Zügigkeit der Gymnasien zu begrenzen, damit dort zumindest die Platzprobleme durch die Wiedereinführung von G9 nicht noch gravierender werden. Doch das geht nicht, sagt die Verwaltung: „Gemäß der Verordnung der Schulorganisation sollen Gymnasien grundsätzlich sechs Züge in einem Jahrgang nicht überschreiten. Sofern jedoch aufgrund von zum Beispiel Rückläufern die vorgegebenen Teilungsgrenzen überstiegen werden, ist trotzdem ein weiterer Zug einzurichten. Das bedeutet, dass in diesen Fällen die Sechszügigkeit überschritten werden darf und es damit keine rechtliche Möglichkeit gibt, die Gymnasien zu begrenzen.“

Nächste Runde in e Debatte um die Schul

Wie soll die Delmenhorster Schullandschaft aussehen? / Fort

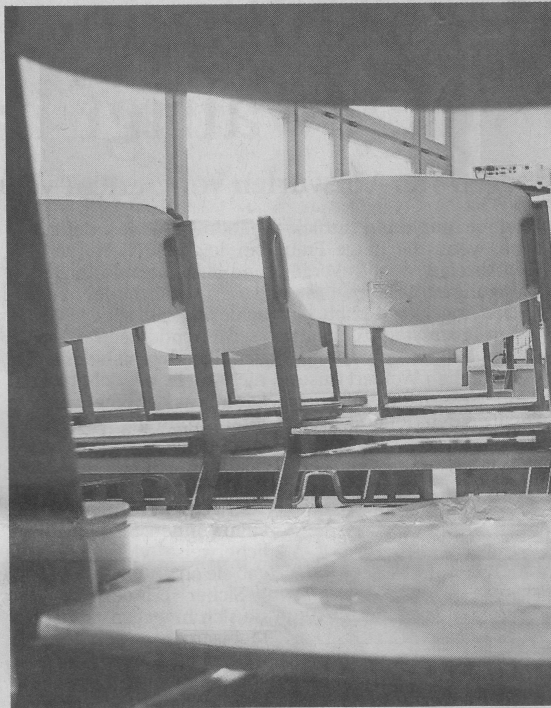
Bleiben alle bestehenden Schulformen erhalten oder gibt es eine Reduzierung des Angebots? Der Ausschuss für Bildung steht vor einer richtungsweisenden Sitzung.

Von Marco Julius

DELMENHORST Der Ort ist mit Bedacht gewählt. Wenn der Ausschuss für Bildung am Donnerstag, 7. Februar, um 17 Uhr tagt, ist Platz notwendig, denn Eltern und Schüler vor allem der Haupt- und der Realschule werden wohl wieder in großer Zahl vertreten sein, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Die künftige Schulentwicklung in Delmenhorst steht zur Debatte in der Aula der BBS II am Wiekhorner Heuweg. Und diese Debatte ist, das haben die vergangenen Wochen und Monate gezeigt, emotional.

Seit der Sitzung im November, bei der die Emotionen hochkochten, ist einiges passiert. Unter anderem hat der Arbeitskreis Schulentwicklung am 22. Januar getagt. Die Ergebnisse des Treffens werden im Ausschuss noch einmal vorgestellt. An dem Beschlussvorschlag der Verwaltung hat sich aber erst einmal nichts geändert. Sie schlägt der Politik weiterhin vor, dass eine Zusammenführung der Realschule und der Hauptschule zu einer Oberschule und die Nutzung der frei werdenden Räumlichkeiten an der Lilienstraße durch das Gymnasium an der Willmsstraße detailliert geprüft werden sollen (Variante 3 im Planspiel der Verwaltung). Im Klartext hieße das, die Schulformen Haupt- und Realschule würden auslaufen, sobald alle Schüler, die derzeit dort beschult werden, ihre Schullaufbahn beendet haben.

Gerade dieser Punkt hat viele Schüler und Eltern der betroffenen Schulformen auf die sprichwörtliche Palme gebracht – und stößt auch in



Welche Schulformen soll es geben? Die Zukunft der Delmenhorster Schulbildung Wissenschaft, Sport und Kultur.

der Politik nicht auf viel Gegenliebe. Die Eltern jedenfalls setzen sich ein für den Erhalt der „Vielfalt in der Delmenhorster Schullandschaft“. Alle Schulformen – Gymnasium, IGS, Oberschule, Realschule, Hauptschule und Förderschule – sollen erhalten bleiben. „Delmenhorst braucht gerade diese Schulvielfalt mit verschiedenen Angeboten für die Vielzahl von unterschiedlichen Kindern, denn unsere Zeit von Integration und Inklusion ist stärker im Fokus als je zuvor“, sagt zum Beispiel Elternvertreterin Yvonne Schmidt-Rabens. Bülent Büyükbayram, als Vertreter der Eltern allgemeinbildender Schulen stimmberechtigtes Mitglied im Bildungsausschuss, fordert in einem Antrag kurz und knapp die Ablehnung des Schulentwicklungsplanes der Verwaltung.

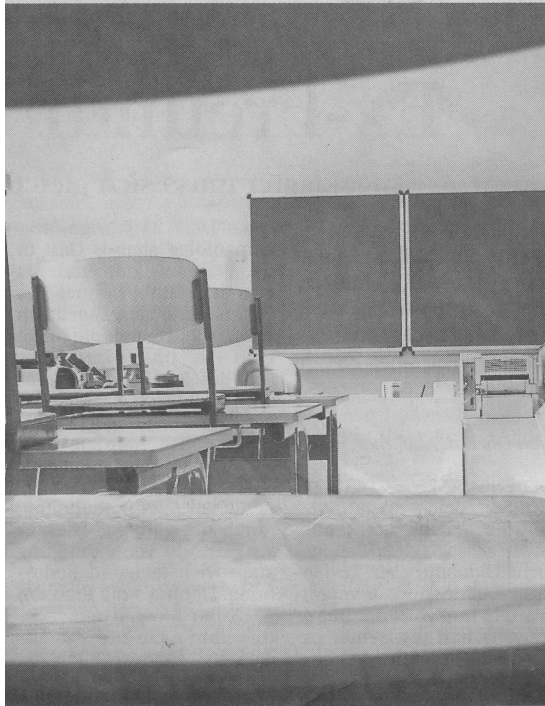
Doch gerade die Vielfalt

der Schullandschaft führe zu Ungleichgewicht, betont die Stadtverwaltung. „Während die IGS, die Gymnasien und die Realschule laufend viele und teilweise so viele Anmeldungen erhalten, dass nicht alle Schüler aufgenommen werden können, sind die Anmeldezahlen an den Oberschulen sowie der Hauptschule konstant niedrig“, heißt es im Schulentwicklungsplan der Verwaltung. Das führe zu Raumproblemen an einigen Schulen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme hatten bereits Kinder- und Jugendparlament und Stadtschülerrat alle von der Stadt vorgeschlagenen Varianten für die Schulentwicklung strikt abgelehnt. Der eigene Vorschlag lautet: alle Schulen der Sekundarstufe I in integrierte Gesamtschulen umwandeln, um einer Zweiklassengesellschaft entgegenzuwirken. Gegen diesen Vor-

emotionaler Entwicklung

Fortsetzung der Debatte im Fachausschuss



Schullandschaft steht im Zentrum der Debatte im Ausschuss für Bildung. SYMBOLFOTO: BODO SCHACKOW/ZB/DPA

schlag sprechen laut Verwaltung rechtliche Aspekte und hohe Kosten.

Ebenfalls auf dem Tisch liegt der Vorschlag der CDU, in der Debatte als Variante 1a geführt. Die CDU plädiert dafür, die Oberschule Süd am Brendelweg zusammenzulegen und dort anzubauen. Das freie Schulgebäude an der Königsberger Straße könnte so zu einer Außenstelle des Gymnasiums an der Willmsstraße werden. Zudem solle an einer Oberschule ein gymnasialer Zweig eingeführt werden. Die Realschule mit ihren zwei Standorten will die CDU in zwei eigenständige Realschulen überführen, Räume am Pestalozziweg stünden zur Verfügung. Vor- und Nachteile dieser Lösung sind im Arbeitskreis diskutiert worden. Die Variante wird am Donnerstag noch einmal vorgestellt.

In eine ähnliche Richtung

denkt auch die UAD-Fraktion. Sie setzt sich für den Erhalt der Realschule ein, wobei die zwei bisherigen Standorte zu autonomen Schulen werden sollen. „Die Oberschule Süd soll nur noch am Standort Brendelweg existieren. Eine der beiden Oberschulen soll einen gymnasialen Zweig erhalten, was deren Attraktivität beim Anwahlverhalten steigert“, sagt Uwe Dähne. Die Vielfalt des Bildungsangebots müsse erhalten bleiben.

Die FDP-Fraktion will sich für den Erhalt einer möglichst großen Vielfalt einsetzen. „Dieses gilt insbesondere für den Erhalt einer Hauptschule und einer Realschule mit ihren Standorten an der Holbein- und Lilienstraße“, sagt Murat Kalmis.

Bis zu den Osterferien, so hat es sich die Ratspolitik selbst vorgegeben, soll eine Entscheidung über die künftige Schullandschaft her.

KOMMENTAR

Unwucht ausgleichen



Von
Marco
Julius

Beim Thema Schulentwicklung geht es nicht um den Wettstreit pädagogischer Konzepte. Es geht vielmehr darum, irgendwie die Unwucht auszugleichen, die im System entstanden ist. Darum, die Raumnot zu lindern. Und darum, die Schülerströme irgendwie zu kanalisieren. Den Schwarzen Peter hat derzeit die Verwaltung. Als Konsequenz der Landspolitik. Als das Land Niedersachsen – damals schwarz-gelb geführt – die Oberschule als weitere Schulform eingeführt hat, ursprünglich angedacht, um Haupt- und Realschulen zusammenzuführen, da blieb es nämlich den Kommunen überlassen, für sich zu entscheiden, welche Schulen es vor Ort geben soll. Delmenhorst hält weiter alles vor, was es überhaupt geben kann. Der freie Elternwille regelt die Nachfrage. Mit dem Ergebnis, das einige Schulformen überlaufen sind, andere hingegen noch ein Imageproblem haben. Angesichts der aktuellen Debatte wäre es mehr als überraschend, wenn sich am Ende der Vorschlag der Verwaltung durchsetzen sollte. Applaus bekommt wohl nur der, der die Nachricht des Erhalts von Haupt- und vor allem Realschule verkünden kann.

m.julius@noz.de

Lehrer dringend gesucht

Delmenh.
Kreisblatt 5.2.19

An diesen Delmenhorster Schulen sind noch Stellen offen

DELMENHORST Das zweite Schulhalbjahr hat begonnen. An den Delmenhorster Schulen konnten nicht alle Lehrerstellen besetzt werden. 14 Stellen sind insgesamt noch offen. Das wird aus auf der Internetseite „Einstellung in den Schuldienst (EIS)“ der Landesschulbehörde deut-

lich. An der Grundschule An der Beethovenstraße wird aktuell noch ein Deutsch-Lehrer gesucht. Die Hauptschule am Stubbenweg sucht einen Lehrer für Mathe. Gleiches gilt für die Oberschule Süd, wo der Pädagoge im Idealfall auch Deutsch als Zweitsprache/Fremdsprache unter-

richten können sollte. An der Oberschule Wilhelm von der Heyde fehlt ein Englisch-Lehrer. Diese vier Stellen sind unbefristet ausgeschrieben.

Zehn weitere Stellen an Schulen sind zudem unbesetzt. Hier handelt es sich um befristete Stellen. Gleich vier davon gibt es an

der Oberschule Süd. An der Grundschule Beethovenstraße und an der Oberschule Wilhelm von der Heyde ist jeweils eine Stelle ausgeschrieben. Jeweils zwei Stellen zu besetzen haben die Bernard-Rein-Schule und die Förderschule an der Karlstraße.

juls

Sonderausschuss zur Schullandschaft

Politischer Entschluss bis Ostern

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst. Es wird erneut eine heiße Diskussion werden, wenn der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur an diesem Donnerstag, 7. Februar, um 17 Uhr zu einer Sondersitzung zusammentritt. Es wird, wie berichtet, nur um ein Thema gehen: die Schulentwicklungsplanung. Da erneut viele Zuschauer erwartet werden, ist die Sitzung extra in die Mensa der Berufsbildenden Schulen II am Wiekhorner Heuweg gelegt worden. Bis zu den Osterferien soll es einen politischen Entschluss geben, wie sich die Delmenhorster Schullandschaft in den kommenden Jahren entwickeln soll.

Während sich CDU, FDP und Unabhängige bereits festgelegt haben, dass sie auf jeden Fall alle jetzt bestehenden Schulformen erhalten wollen, hat die SPD einen weiteren Antrag gestellt. Den Sozialdemokraten fehlen nämlich noch Daten und Fakten, um eine verlässliche Entscheidung zu fällen. Sie wollen unter anderem von der Verwaltung wissen, wie die Einzugsgebiete der Schulen aussehen, wie die tatsächliche Anwahl ist, ob Zuzug und Neubaugebiete berücksichtigt wurden, wie sich die Zahl der inklusiv beschulten Kinder und Jugendliche entwickelt hat und ob die Schülerschaft der einzelnen Schulen auch hinsichtlich ihres Migrationsanteils betrachtet wurde. Kritiker unken allerdings, dass die SPD-Fraktion nur Zeit gewinnen will, um aktuell vielleicht keine unpopuläre Entscheidung treffen zu müssen.

Auch Bündnis 90/Die Grünen haben sich nun zu dem Thema geäußert - und Sympathie für den gemeinsamen Vorstoß von Kinder- und Jugendparlament sowie des Stadtschülerrats gezeigt. Die Schüler haben ausgeführt, dass Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit tatsächlich nur erreicht werden können, wenn das alte Schulsystem geschliffen werde und es nur noch Integrierte Gesamtschulen gebe. Auch die Grünen betonen, dass der Fokus darauf liegen müsse, jedem Kind die Chance auf den besten Schulabschluss zu ermöglichen, was am besten in einem integrativen Schulsystem möglich sei. „Genau dieses haben die Schüler in Delmenhorst erkannt“, merken die Grünen an.

Die Struktur des gegliederten Schulsystems beruhe darauf, dass leistungsschwache Schüler ihre Schule verlassen müssten, was bei den Betroffenen auch Versagensängste hervorrufe. Das wollen die Grünen möglichst vermeiden: „Falls sich eine IGS nicht durchsetzen lässt, würden wir deshalb den Beschlussvorschlag drei der Verwaltung mittragen, der immerhin ein Schritt in die richtige Richtung ist.“ Der Vorschlag der Verwaltung bedeutet: Real- und Hauptschule laufen nach und nach aus, dafür wird dann eine dritte Oberschule in der Stadt sukzessive aufgebaut.

Delmenhorster
Kurier

7. 2. 2019